

KREISSTADT METTMANN Die Bürgermeisterin Beschlussvorlage Abteilung für Zentrale Verwaltung und Organisation Runkel, Sonja		öffentlich ☒ nicht öffentlich ☐	Drucksachennummer 079/2022
--	--	---	--

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Ausschuss für Verwaltung und Digitalisierung	14	22.02.2022
Haupt- und Finanzausschuss	5.p	23.03.2022
Rat der Kreisstadt Mettmann	11.b	05.04.2022

Haushaltsplanberatungen
 hier: Haushalt 2022 - Stellenplanentwurf (Ausschuss für Verwaltung und Digitalisierung)

Finanzielle Auswirkungen

Kosten

Produkt

Haushaltsjahr 2022 ff.

Folgekosten

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☒ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

Anmerkung der Stadtkämmerin: gez. Traumann

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

- | | | |
|---------------------------------|---|---|
| ☐ Abfall | ☐ Wasserhaushalt | ☐ Klima |
| ☐ Boden | ☐ Natur- und Artenschutz | ☐ Emissionen / Immissionen |

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Stellenplan wird – mit den sich aus den Beratungen ergebenden Änderungen – zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
Die Grünen			
SPD			
FDP			
Zur Sache!ME			
WGME			
AfD			

Die Linke			
Bürgermeisterin			

Verwaltungserläuterung:

Der Entwurf des Stellenplans 2022 wurde in der Sitzung des Rates am 14.12.2021 eingebracht.

Es wird gebeten, den Entwurf zur Sitzung mitzubringen.

Die in der Organisations- und Stellenbedarfsanalyse der Kernverwaltung durch IMAKA Institut für Management GmbH lokalisierten Minderbedarfe, die sich aus einer Vielzahl kleiner Stellenanteile aus verschiedenen Entgeltgruppen von insgesamt 8,5 VZÄ zusammensetzen, werden seitens der Verwaltung derzeit evaluiert. Die Realisierung der Einsparung ist sehr komplex. Es wird geprüft, in welcher Zeitschiene die sich ergebenden Minderbedarfe realisierbar sind. Die Verwaltung wird ab sofort alle entstehenden Möglichkeiten der Umsetzung nutzen und wird in der ersten Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Digitalisierung erneut berichten.

Die vergangenen Beratungen im Verwaltungsausschuss über den jeweiligen Stellenplanentwurf haben gezeigt, dass aus der Mitte des Ausschusses Fragestellungen zum Stellenplan nicht immer losgelöst von personalwirtschaftlichen Aspekten beantwortet werden können. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung entschieden, für die Beratung des Stellenplanes im Ausschuss für Verwaltung und Digitalisierung den Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil zu beraten. Die weiteren Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss und Rat werden dann entsprechend der bisherigen Praxis im öffentlichen Teil fortgeführt.

Zum Entwurf des Stellenplans ergeben sich folgende Änderungen:

Produkt 01.01.02**Ratsangelegenheiten****Begründung:**

Einrichtung einer neuen Vollzeitstelle in EG 10: Im Rahmen der Organisations- und Stellenbedarfsanalyse der Kernverwaltung wurde festgestellt, dass die Stellenanteile im Bereich Ratsangelegenheiten deutlich zu gering sind, um den steigenden Arbeitsaufwand zu bearbeiten. Des Weiteren werden die Aufgabenbereiche Schiedsamt, Schöffen und ehrenamtliche Richter im Bereich Justizariat / Ratsangelegenheiten verortet.

Produkt 01.01.03 Öffentlichkeitsarbeit

Begründung:

Umsetzung eines kw-Vermerkes bei der Stelle 2-3-34-02-003 (EG 9a): Im Rahmen der Organisations- und Stellenbedarfsanalyse der Kernverwaltung wurde bestätigt, dass die Stellenanteile im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit reduziert werden können. Durch eine interne Umsetzung kann der bereits angebrachte kw-Vermerk umgesetzt werden.

Produkt 01.01.08 E-Government und IT-Service

Begründung:

Neubewertung der Stelle 2-1-11-01-001 von A 13 zu EG 13: Für die Leitung im Bereich IT und Digitalisierung wurde eine neue Arbeitsplatzbeschreibung erstellt und bewertet.

Produkt 01.01.11 Finanzmanagement

Begründung:

Neueinrichtung einer Vollzeitstelle in A 12: Für den Aufgabenbereich „Fördermittelmanagement“ wird eine neue Stelle eingerichtet. Die bisher dafür vorgesehene Stelle wird in ihr ursprüngliches Aufgabengebiet zurückverschoben.

Produkt 01.01.11 Finanzmanagement

Begründung:

Neubewertung der Stelle 2-0-02-02-001 von A 11 zu A12: Aufgrund einer erforderlichen Aktualisierung der Arbeitsplatzbeschreibung wurde durch die Stellenbewertungskommission der Stellenwert A 12 festgestellt.

Produkt 01.01.14 Dienstleistungen des Baubetriebshofes

Begründung:

Ausweisung von 10 kw-Vermerken: Entsprechend des Ratsbeschlusses vom 14.12.2021 werden in der Übersicht der kw-Vermerke pauschal 10 kw-Vermerke zum 31.12.2025 ausgewiesen. Eine Überprüfung dieser kw-Vermerke erfolgt spätestens mit dem Haushalt 2024.

Produkt 02.02.05**Notfallrettung und Krankentransporte****Begründung:**

Umwandlung einer Tarifstelle in eine Beamtenstelle (A 8): Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben ergeben, dass im Bereich Rettungsdienst die Vorhaltung von Stellen ausschließlich für tariflich Beschäftigte den Personalbedarf langfristig nicht decken kann. Durch die überdurchschnittlich hohe Fluktuation gibt es langzeitige Stellenvakanzen und die Zahl der Bewerber_innen auf ausgeschriebene Stellen sinkt. Darüber hinaus wird die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes durch Langzeiterkrankungen erschwert. Mit steigendem Lebensalter und körperlicher Arbeit steigt die Wahrscheinlichkeit einer vorzeitigen Arbeitsunfähigkeit. Ein Einsatz im Rettungsdienst bis zum Renteneintrittsalter von 67 Jahren ist in der Realität kaum möglich. Vor diesem Hintergrund sollen zukünftig wieder tarifliche und verbeamtete Bedienstete im Rettungsdienst eingesetzt werden. Bei verbeamteten Bediensteten ergibt sich der Vorteil, dass sie flexibel im Rettungsdienst und im Brandschutz einsetzbar sind.

Produkt 04.04.01**Kulturelle Veranstaltungen****Begründung:**

Neueinrichtung einer Vollzeitstelle in A 13: Für den Aufbau einer dezentralen Kulturarbeit soll eine Stelle für strategisches und operatives Kulturmanagement geschaffen werden. Für diese Stelle ist eine Besetzung mit langjähriger Berufserfahrung unabdingbar. Vor diesem Hintergrund ist nicht abzusehen, wann eine geeignete Stellenbesetzung erfolgen und die Arbeit aufgenommen werden kann. Sollte die Aufnahme der Tätigkeit nicht möglich sein, wird eine befristete Einstellung erfolgen.

Produkt 05.05.02**Grundversorgung nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz****Begründung:**

Umsetzung eines kw-Vermerkes bei der Stelle 2-5-55-02-010 (A 12): Aufgrund der Versetzung eines Beamten kann der angebrachte kw-Vermerk umgesetzt werden. Es handelte sich um die Stelle eines dem Jobcenter zugewiesenen Mitarbeiters.

Produkt 06.06.02**Kindertagesbetreuung****Begründung:**

Aufstockung der Stelle 2-5-52-01-014 von 25 auf 30 Wochenstunden, Neubewertung der Stelle von S 11 zu S 12: Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Anforderungen wurde die Stelle „Fachberatung Kindertagesbetreuung“ mit weiteren Aufgaben im Rahmen des BTHG betraut (u. a. Koordination der in den Kindertageseinrichtungen im Rahmen des BTHG tätigen Fachkräfte). Hierfür sind 5 zusätzliche Wochenstunden erforderlich. Gleichzeitig war eine Neubewertung der Stelle erforderlich, da die Koordinierung von mehreren S 9-Kräften nach der Protokollerklärung Nr. 12 Bst. e.) Teil B Abschn. XXIV EntGO VKA nach S 12 zu bewerten ist.

Produkt 11.11.01**Abfallentsorgung und Abfallberatung****Begründung:**

Aufstockung der Stelle 2-6-65-00-001 von 34 auf 39 Wochenstunden: Die Stelle „Abfallberatung“ ist derzeit vakant, so dass eine Neuausrichtung der Stelle möglich ist. Die Stellenanteile für die Aufgabe „Abfallberatung“ sollen reduziert werden. Im Gegenzug sollen neue Aufgaben im Bereich Digitalisierung und der Kosten- und Leistungsrechnung dort verankert werden. Hierdurch soll eine wesentliche Steuerungsunterstützung ermöglicht werden. Um diese neuen Aufgaben sachgerecht abbilden zu können, ist eine Aufstockung der Stelle auf Vollzeit erforderlich.

Produkt 12.12.03**Bau, Unterhaltung und Betrieb von Verkehrsanlagen
einschließlich ÖPNV****Begründung:**

Neueinrichtung einer Vollzeitstelle in A 14: Aufgrund der neuen Aufbauorganisation und der Teilung des bisherigen Amtes 3.3 für Bauen und Gebäudemanagement in zwei Ämter ist eine zusätzliche Stelle für die Leitung des neuen Amtes 3.4 für Tiefbau, Verkehr und Grünflächen erforderlich.

Gez. Pietschmann